

## **Kleine Anfrage 1993**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **I. Folgen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. November 2015 zum Kommunalabgabengesetz (KAG) - für die Bürgerinnen und Bürger**

#### **Erfolgreiche Verfassungsbeschwerden gegen die rückwirkende Festsetzung von Kanalanschlussbeiträgen – Urteil 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14**

Die gerichtlichen Auseinandersetzungen rund um die Problematik der sogenannten „Altanschießer“ drehen sich um die politische Frage, ob die Beitragsbescheide und Geldforderungen für Wasser- und/oder Abwasseranschlüsse der Grundstücke in Brandenburg die vor dem Jahr 1990 installiert wurden anerkannt werden oder rechts- und verfassungswidrig waren.

***Für die betroffenen Grundstückseigentümer ist nicht einsichtig, warum sie Wasser- und/oder Abwasseranschlußbeiträge für vor 1990 vorhandene Wasser- und/oder Abwasseranschlüsse zahlen sollen. Sie lehnen es ab, für Wasser- und/oder Abwasseranschlüsse erneut zu zahlen, die bereits 1990 vorhanden waren, bzw. sind. Es gibt Forderungen an Grundstückseigentümer für Wasser- und/oder Abwasseranschlußbeiträge für vor 1990 vorhandene Wasser- und/oder Abwasseranschlüsse, obwohl im Kommunalabgabengesetz unter dem Paragraphen 18 gesetzlich geregelt ist, dass „Aufwand für Investitionen in leitungsgebundene Einrichtungen oder Anlagen, der vor dem 3. Oktober 1990 entstanden ist, ist nicht beitragsfähig“ ist.***

Im Jahr 2004 waren mögliche Forderungen für Wasser- und/oder Abwasseranschlüsse aus den Jahren von 1990 bis 2000 zudem verjährt.

Mit der Novellierung des § 8 Abs. 7 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes im Jahr 2004 durch die seiner Zeit amtierende Landesregierung wurde mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgericht vom 12. November 2015 höchstrichterlich festgestellt, dass die von der Landesregierung Brandenburg organisierte Rechtsanwendung des im Jahr 2004 geänderten Paragraphen 8 des Brandenburger KAG eine unzulässige echte Rückwirkung entfaltet. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes wurde mit der Novellierung des § 8 Abs. 7 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes im Jahr 2004 verletzt. Und Zitat: **„Das allgemeine Ziel der Umgestaltung des Abgabenrechts sowie fiskalische Gründe rechtfertigen die rückwirkende Abgabenbelastung hier nicht; dies gilt auch vor dem Hintergrund der besonderen tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung.“**

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass mit dem Beschluss 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 des Bundesverfassungsgericht die seit 2004 im Land Brandenburg praktizierte rückwirkende Anwendung des § 8 Abs. 7 Satz 2 KAG n.F. in bestimmten Fällen verfassungswidrig ist?
2. Trifft es zu, dass mit dem Beschluss 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 des Bundesverfassungsgerichtes grundsätzlich alle Grundstücke nicht rückwirkend zu Beitragszahlungen für Wasser- und/oder Abwasseranschlüsse (sogenannte „Altanschießer“) hätten herangezogen werden dürfen, die bereits vor dem 1.1.2000 über Wasser- und/oder Abwasserversorgungsanschlüsse verfügten?
3. Trifft es zu, dass bei jeglicher Zweckverbandsneugründung oder bei einem Zweckverbandszusammenschluss die Regelungen des Paragraphen 35 GKGBbg greifen und der neue Verband damit die Rechtsnachfolge der/des vorherigen Aufgabenträgers antritt?
4. Trifft es zu, dass bei Gemeindebeitritten, in Anlehnung an die Paragraphen 6 und 7 der Brandenburger Kommunalverfassung, der neue Gemeindeverbund die Rechtsnachfolge der Vorgänger antritt?
5. Trifft es zu, dass mit dem Beschluss 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 für nicht bestandkräftige Bescheide ca. 210 Mio. Euro verpflichtend zurückgezahlt werden müssen?
6. Trifft es zu, dass mit dem Beschluss 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 Bescheide, die z. B. wegen Ratenzahlungen noch nicht vollständig bezahlt wurden nicht vollstreckt werden dürfen und die bereits gezahlten Beiträge zurückgezahlt werden müssen?
7. Trifft es zu, dass mit dem Beschluss 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 für bestandkräftige Bescheide ca. 400 Mio. Euro eine Beitragsrückzahlung nach §130 Abs. 1 Abgabenordnung rechtlich zulässig ist?